

Gastkolumne

Wie uns Prognosen die Zukunft verbauen

Voraussagen stimmen selten, aber sie geben Aufschluss darüber, was sich eine Gesellschaft zutraut. Das scheint zurzeit nicht viel zu sein



Caspar Hirschi

Der Mensch kann in die Vergangenheit, nicht aber in die Zukunft blicken: Wir wissen, wie die Welt vor hundert oder zweihundert Jahren ausgesehen hat, haben aber keine Kenntnis, wie sie in ein paar Jahren sein wird, ja nicht einmal Gewissheit, was der morgige Tag bringt. So weit, so banal. Wer jedoch heute in einer Zeitung blättert oder einen Buchladen betritt, könnte meinen, es verhalte sich mit dem Menschen genau umgekehrt. Aus Schlagzeilen und Sachbuchtiteln ergiesst sich eine Flut an Prognosen über uns, aus denen man schliessen müsste, ihre Urheber seien mit Sehergaben gesegnet und mit Vergangenheitsblindheit geschlagen. Sie verkünden uns mit quasi mathematischer Präzision, wie stark die britische Wirtschaft bei einem No-Deal-Brexit schrumpfen wird, wie viel Prozent aller Berufe bis 2030 automatisierbar sind, in welchem Jahr Chinas Volkswirtschaft jene der USA überholen und wann die künstliche Intelligenz die Herrschaft auf Erden übernehmen wird. Wer Voraussagen von solcher Exaktheit ernst nimmt, muss die Fehlprognosen von vorgestern für die Welt von gestern vergessen haben. Wir dürfen uns nicht an die Warnung vor der Brexit-Abstimmung 2016 erinnern, die britische Wirtschaft werde

nach einem Entscheid für den Austritt aus der EU noch 2017 in eine Rezession abgleiten, nicht an die Prognose von 1978, im Jahr 2000 seien die meisten Jobs durch Computer ersetzt, nicht an die Voraussage von 1971, Japan werde 1990 die USA als weltweit grösste Volkswirtschaft abgelöst haben, und nicht an die Ankündigung von 1970, bis 1978 werde die künstliche an der menschlichen Intelligenz vorbeigezogen sein. Die Vergangenheit ist ein Friedhof der Fehlprognosen, und eine der wenigen wahren Voraussagen ist, dass es auch die Zukunft sein wird. Wir werden Revolutionen ankündigen, die sich nie ereignen, und Revolutionen erleben, die nie angekündigt wurden. Kann sich jemand, der die achtziger Jahre miterlebt hat, an eine mediale Vorschau auf die Internet-Revolution erinnern? Es gab keine Vorschau, und dabei existierte das Internet bereits! Als die vorläufig letzte Revolution der Technikgeschichte als solche erkannt wurde, war sie längst im Gange. Sobald wir unsere Zukunftsblindheit einsehen, können wir die pseudopräzisen Aussagen von heute zum menschlichen Geschehen von morgen als das betrachten, was sie sind: interessante Gedankenspiele, gute Unterhaltung - und vor allem wertvolle Einblicke in die aktuelle Gemütslage. Die Prognose ist ein Psychogramm der Gegenwart. Als solches aber kann sie nicht ernst genug genommen werden. Prognosen verraten, was sich eine Gesellschaft zutraut. Diesbezüglich gilt für uns: herzlich wenig. Umso mehr Gestaltungskraft wird der Technologie attestiert. Die Voraussagen, die heute das grösste Aufsehen erregen, imaginieren unser künftiges Selbst als einen Knecht der Technik, der sich nur opportunistisch anpassen, fatalistisch



Wir werden Revolutionen ankündigen, die sich nie ereignen, und Revolutionen erleben, die nie angekündigt wurden.

ergeben oder maschinenstürmerisch auf-lehnen kann. Heutige Prognosen sind ein Spiegel unserer Ohnmachtsgefühle im Umgang mit der Digitalisierung, aber sie verkennen unsere historischen Erfahrungen mit Technologien. Nehmen wir als Beispiel eine alte Technologie, die in heutigen Zukunftsszenarien kaum vorkommt, obwohl sie noch immer bedrohlicher ist als alle Varianten der künstlichen Intelligenz: die Atomenergie. In den fünfziger Jahren erwarteten Pessimisten von nuklearen Technologien die Auslöschung allen Lebens, Optimisten dagegen ein neues Zeitalter «von Frieden und Freiheit für alle». Erstere bezogen sich auf den militärischen Einsatz, letztere auf die zivile Nutzung. Beide lagen falsch. Warum? Nicht das technologische Potenzial, sondern die soziale Akzeptanz der Kernenergie war ausschlaggebend. Erst unterlag sie als Waffe einer totalen Ächtung, dann stiess sie als Energiequelle auf wachsenden Widerstand. Trotz allen Unterschieden besteht zwischen nuklearen und digitalen Technologien eine wichtige Gemeinsamkeit: Letztlich geben wir Menschen den Ausschlag, was aus ihnen werden kann und was nicht. Die Frage ist nur, welche Menschen? Solange wir uns von Digitalisierungsprognosen eine Zukunft als Knechte der Technik aufschwätzen lassen, überlassen wir die Entscheidungshoheit den Herren an der Spitze der Konzerne, die heute am meisten von digitalen Technologien profitieren. Wollen wir unsere Zukunft mitgestalten, sollte die Frage nicht lauten, was die Technik mit uns macht, sondern was wir mit der Technik machen.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.

Medienkritik

Jeder Miesepeter ein Reporter



Michael Furger

Dank den fleissigen Leserreportern, die uns laufend Fotos und Videos schicken, können wir viele tolle Geschichten erzählen», schreibt «20 Minuten» auf seiner Website und beglückt uns mit Qualitäts-News aus dem echten Leben. Eine Ziege im Kofferraum, ein angefahrenes Büsi - dank den fleissigen Leserreportern ist uns das nicht entgangen. Der Leser als Journalist, das ist eine hübsche Vorstellung, funktioniert allerdings nur selten. Am übelsten ist der Leserreporter-Pranger. Eine Mutter regt sich darüber auf, dass Soldaten im Zug keine Sitzplätze für ihre Kinder freigeben. Ihr Ärger macht aus ihr eine Journalistin. Sie schiesst eine Handyfoto, und «20 Minuten» publiziert den Quark fast seitengross. Eine Passantin in Zürich kann es nicht fassen, dass nach der Kartonsammlung noch ein paar Fetzen auf der Strasse liegen geblieben sind. «Wer soll den Abfall auflesen?», fragt sie empört. Sie sicher nicht. Sie schickt lieber eine Foto an die Redaktion. Für jede publizierte Meldung gibt es schliesslich bares Geld. Dass wir uns richtig verstehen: Hinweise aus der Leserschaft können interessante Recherchen auslösen. Aber die Leserreporter-Rubriken von «20 Minuten», «Blick» und Co. produzieren eine Horde von Denunzianten und Gaffern, die beim geringsten Ärger und jedem Unfall das Smartphone zücken. Die Redaktion übernimmt natürlich deren griesgrämige Sicht. Die Rekruten werden als rücksichtslos dargestellt, die Zürcher Kartonsammler als schlampig, und der Basler Tramchauffeur, der in die Zeitung kommt, weil sein Handy auf der Armlehne liegt, als gemeingefährlich. Die Sachlage ist meistens unklar, aber eine Meinung ist sofort gebildet, die Anklage schwingt immer mit. Der (meist anonyme) Leserreporter hat immer recht. Im Journalismus ist das so fehl am Platz wie eine Ziege im Kofferraum.

Michael Furger ist Leiter des Ressorts Hintergrund der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Warum das Stigma Abtreibung gepflegt wird



Nicole Althaus

Symbolisch gesehen, hat sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag mit der umstrittenen Reform des Abtreibungsparagrafen 219a auf einen erhobenen Zeigefinger geeinigt: Zwar wurde das sogenannte Werbeverbot abgeschwächt, und Ärzte und Krankenhäuser dürfen künftig bekanntmachen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen; wer aber öffentlich über Methoden, Kosten oder Risiken informiert, kann weiterhin vor Gericht gezerrt werden. Die Beratungspflicht für Schwangere durch eine staatlich anerkannte Stelle, man könnte es auch den Gang nach Canossa nennen, hat Bestand. Damit bleibt Abtreibung illegal, und auch wenn sie unter gewissen Umständen straffrei ist, bleibt sie

eine Entscheidung, die man moralisch einer erwachsenen Frau nicht überlassen will. Natürlich muss man für alle Frauen, die in Deutschland ungewollt schwanger werden, dankbar sein für diesen Kompromiss, dem eine monatelange heftige Debatte vorausging. Zumindest wird es für sie einfacher, Ärztinnen und Ärzte zu finden, die eine Abtreibung vornehmen. Das Stigma allerdings bleibt. Ja, es wurde sogar noch verstärkt, weil Gesundheitsminister Jens Spahn eine Studie zu den psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen in Auftrag gegeben hat - obwohl es solche Studien längst gibt, obwohl es bei der Debatte nicht um die psychische Belastung geht, sondern um Selbstbestimmung. Dass man auf den erhobenen Zeigefinger nicht verzichten will, hat weniger moralische als vielmehr politische Gründe. Seit einiger Zeit wird das Thema Abtreibung von Rechtsausen in vielen Ländern gezielt instrumentalisiert. Wo die Demarkationslinie in der Debatte genau verläuft, ist unterschiedlich. Identisch aber ist, so die These der deutschen Politikwissenschaftlerin Antje Schrupp, dass nationalistische Kräfte von

Donald Trump über die Alternative für Deutschland (AfD) bis hin zu Polens Präsident Jaroslaw Kaczynski und seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) versuchen, die erstarkte Frauenbewegung auf ihr klassisches Kernthema, die reproduktive Selbstbestimmung, zurückzuwerfen. Schliesslich gehen unter dem Banner des Feminismus heute mehr Menschen auf die Strasse denn je. Der Women's March 2017 in den USA, die weltweit geführte Debatte über sexualisierte Gewalt bis zum Generalstreik in Spanien zum Frauentag 2018 zeigen, dass die Bewegung längst nicht mehr nur aus Feministinnen besteht, sondern zum Dach für den Kampf gegen strukturelle, aber auch ökonomische Diskriminierung geworden ist. Was liegt da näher, als die Bewegung zu spalten, ihre globale Perspektive mit dem Fokus auf die Abtreibung wieder auf den Uterus zu beschränken? Nach dem Motto «teile und herrsche» wird das alte Narrativ wiederbelebt, wonach auf der einen Seite die Allgemeinheit stehe, die Moral und das ungeborene Leben, auf der anderen Seite die Frau mit ihren Partikularinteressen. Veruscht wird durch den moralischen Zeige-

Dass man nicht auf den erhobenen Zeigefinger verzichten will, hat weniger moralische als vielmehr politische Gründe.

finger, worum es beim Thema Schwangerschaftsabbruch wirklich geht, nämlich um die Frage, welche Autorität und Souveränität der Frau zukommen soll. Embryonen existieren nicht ausserhalb des Körpers einer Schwangeren. Die ethische Frage lautet also: Sind Frauen, trotz Uterus, mündige Menschen, die selbständig moralische Entscheidungen über ihren Körper treffen können und dürfen? Oder ist es moralisch vertretbar, die Freiheit der weiblichen Mehrheit der Menschen zu beschneiden und eine Schwangere zu zwingen, einen Embryo auszutragen? Meist sind es Menschen ohne Uterus, die an vorderster Front gegen die Selbstbestimmung von Menschen mit Uterus kämpfen. Im Kern der Debatte geht es um Deutungshoheit, um die Frage, aus welchem Blickwinkel Moral entsteht und wer die Macht hat, diese Moral gesetzlich zu verankern. Exakt diese Deutungshoheit spiegelt sich im Stigma Abtreibung. Und sie steht letztlich im Zentrum der frauen- und fremdenfeindlichen Politik populistischer Parteien.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».